

Kommunalpolitische Leitlinien

Wir als die Brandenburger Kommunalpartei stehen für lebendige Dörfer, Städte und Kreise. Wir stehen an der Seite der Bürgerinnen und Bürger, die sich gerne engagieren, um gemeinsam die Zukunft ihres Ortes und ihrer Region zu gestalten. Kommunalpolitisches Engagement ist die Wurzel unserer Demokratie.

Unsere kommunalen Mandatsträger kümmern sich um die Probleme und Angelegenheiten vor Ort. Wir beschäftigen uns nicht mit Ideologie oder Dingen, die für unsere Kommunen keine Bedeutung haben, sondern gehen das Machbare an.

Unsere Kommunen stehen erneut vor großen Aufgaben: Mit dem demografischen Wandel, der Digitalisierung und dem Klimaschutz sind unsere Städte und Gemeinden sowie Landkreise vor drei besonders bedeutende Herausforderungen gestellt. Diese eröffnen ihnen aber gleichermaßen neue Perspektiven. Wir schaffen die Rahmenbedingungen dafür, diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen und die sich daraus ergebenden Gestaltungsmöglichkeiten beim Schopfe zu packen.

Nur lebendige Dorf- und Stadtgemeinschaften sind in der Lage, Lösungen für Probleme zu finden und Wandel zu gestalten. Deshalb ist es unser Ziel, die **Entscheidungskompetenzen und die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken.**

1. Digitalisierung als Motor für eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung

In der Digitalisierung von Verwaltungsaufgaben liegt eine riesige Chance. Die zu erledigenden Aufgaben können so schneller und mit weniger Personal erfüllt werden. Die Bürger können ihre Verwaltungsleistungen hierdurch einfacher, zügiger und günstiger erhalten.

Bei der Digitalisierung der Verwaltung setzen wir auf pragmatische und bürgerfreundliche Lösungen. Wir werden den **Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) als wertvolle Unterstützung für die Verwaltungsarbeit und die Beschleunigung von Prozessen fördern.**

Ein Beispiel für die sich durch die Digitalisierung ergebenden Chancen ist das Virtuelle Bauamt. Dieses gibt es in Brandenburg bisher als Pilotprojekt in Seelow und Calau. Sämtliche Verfahren von der Antragstellung bis zur Bescheidung sind hier digitalisiert. Wir werden uns dafür einsetzen, das bereits eingeführte **Virtuelle Bauamt flächendeckend umzusetzen.**

Zur Bewältigung der neuen Anforderungen und mit Blick auf die herausfordernde Personalsituation in vielen Kommunalverwaltungen setzen wir auf stärkere **interkommunale Zusammenarbeit bei der IT-Betreuung.** Einen wichtigen Beitrag leistet hierzu der 2020 gegründete **Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg (DIKOM)**, dem mittlerweile schon 90 Städte und Gemeinden beigetreten sind. Wir wollen die **Förderung des Zweckverbandes in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen** und diesen zu einem **zentralen Dienstleister für alle Kommunen weiterentwickeln.**

2. Gut vorbereitet statt überrascht – Bevölkerungsschutz in der Kommune

Im Brand- oder Katastrophenfall können sich die Menschen darauf verlassen, dass die Feuerwehren und Helfer der zahlreichen Hilfsorganisationen vor Ort bereitstehen. Diese sind überwiegend freiwillig organisiert. Der Bevölkerungsschutz baut damit auf ehrenamtlichem Engagement auf. Das Engagement der ehrenamtlichen Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner in Brandenburg zeugt von außerordentlichem Verantwortungs- und Pflichtbewusstsein und kann nicht oft genug hervorgehoben werden. Brandenburg braucht Menschen wie sie, die uneigennützig und hochengagiert zupacken, wenn andere Hilfe brauchen.

Daneben hat unser Innenministerium mit der Einrichtung von sogenannten **Katastrophenschutz-Leuchttürmen** in den Kommunen für den Katastrophenfall vorgesorgt. Bis Ende 2024 sollen 308 dieser Einrichtungen fertig sein. Sie dienen als Anlaufpunkte für die

Bevölkerung im Krisenfall. Dort erhalten die Menschen Informationen zur aktuellen Lage, finden Schutz und werden mit Lebensmitteln versorgt.

Die **ehrenamtliche Mitwirkung in den Feuerwehren und anerkannten Hilfsorganisationen** gilt es **gezielt durch Fördermaßnahmen zu stärken und zu honorieren**. Auch vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen hat dies mit besonderem Nachdruck zu erfolgen.

Wir wollen dafür insbesondere die **Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg** weiterentwickeln. Sie soll **landesweit einen kostenlosen Zugang zu öffentlichen Museen, Schwimmbädern und Sportanlagen** ermöglichen und zu einem **kostenlosen ÖPNV-Ticket** werden.

3. Antworten auf den Migrationsdruck – Kommunen entlasten

Flucht und Migration haben viele Ursachen und nicht weniger Folgen. Brandenburg wird seiner humanitären Verantwortung gerecht und hilft Menschen, die tatsächlich in Not sind. Unsere Kommunen leisten Großartiges. Jedoch sind sie an ihre Belastungsgrenzen gelangt.

Wir konnten bereits durchsetzen, dass **Zuwanderer ohne Bleibeperspektive nun bis zu 18 Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben, statt auf die Kommunen verteilt zu werden**. Sie unterliegen dort dem **Sachleistungsprinzip**. Diese Maßnahmen weisen in die richtige Richtung und sind wichtig für die Entlastung unserer Kommunen.

Ebenso sprechen wir uns klar für die **Reduzierung von Anreizfaktoren** aus. Deshalb befürworten wir die **Einführung einer Bezahlkarte** zur Deckung der Grundbedürfnisse in Deutschland, um **Migrationsanreize zu senken**. Hierzu fordern wir eine bundesweite Lösung. Außerdem fordern wir eine Straffung der Zuständigkeiten beim Landesaufnahmegesetz, um rechtssicheres Handeln besser zu gewährleisten. Auch Rückführungen sollen künftig stärker beim Land gebündelt werden, um effektiver und zügiger vonstatten zu gehen. Außerdem wollen wir mindestens drei Ausreisezentren einrichten, die die tatsächliche Durchführung von Abschiebungen erleichtern

4. Kommunen als Basis für zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung

Wir wollen die Förderung von Bestandsunternehmen und Unternehmensneuansiedlungen aktiv unterstützen. Es braucht dringend neue Ansiedlungsflächen, um wirtschaftliche Investitionen im kommunalen Raum zu ermöglichen. Neue Industrie- und Gewerbeflächen sind möglichst mit standortnaher Energieversorgung zu entwickeln. Für Ansiedlungen und Erweiterungen müssen bestehende Bebauungspläne an die aktuellen Anforderungen angepasst werden.

Innenstädte und Ortskerne als zentrale Orte des gemeinschaftlichen Lebens müssen lebendig bleiben und wieder attraktiver werden. Durch eine gute Mischung lokalen Einzelhandels, von Gastronomie und von Kulturangeboten werden unsere Städte und Gemeinden wieder attraktiv.

5. Gerechte Grundsteuern und handlungsfähige Kommunen sind kein Gegensatz

Ab 2025 wird die **Grundsteuer** nach dem neuen Bewertungsrecht festgesetzt. Die Höhe liegt letztlich in der Hand der Kommunen, die selbst über die Hebesätze entscheiden. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Städte und Gemeinden auf diesem Wege für eine **Aufkommensneutralität** sorgen, um die Grundstückseigentümer nicht weiter zu belasten.

Damit einhergehen muss jedoch eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen. Denn: Ohne die dafür nötigen finanziellen Mittel geht den Städten und Gemeinden die Möglichkeit verloren, das Leben vor Ort aktiv zu gestalten. Wir setzen uns deshalb für eine **bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der Kommunen durch die Landespolitik** ein.

6. Die Sparkassen als Grundpfeiler der finanziellen Daseinsvorsorge stärken

Am Ort und vor Ort steht die Sparkasse für eine krisenfeste Zusammenarbeit. Als kommunales Unternehmen ist die Sparkasse in vielen Regionen der letzte Finanzdienstleister mit einer

Filiale vor Ort. Die damit von den Sparkassen gewährleistete Ansprechbarkeit und Erreichbarkeit ist insbesondere in ländlichen Regionen von großer Bedeutung. Sie sind dort Grundpfeiler der finanziellen Daseinsvorsorge und Begegnungsort gleichermaßen. Neben ihrem Kerngeschäft treten die Sparkassen oftmals auch als großzügiger Förderer des lokalen Engagements auf.

Unser Ziel ist, dass die **Sparkassen auch in ganz Brandenburg weiter ansprechbar** bleiben. Gleichzeitig handelt es sich bei den Sparkassen um Unternehmen, die ihr Angebot wirtschaftlich kontinuierlich hinterfragen und dabei auch Filialschließungen erwägen müssen. Dazu sind die Sparkassen vor allem auch ihren Anlegern gegenüber verpflichtet. Deshalb werden wir ihnen keine Vorschriften machen. Stattdessen wollen wir die **Sparkassen bei ihren Bemühungen, die Erreichbarkeit vor Ort aufrechtzuerhalten, gezielt unterstützen und an ihrer Seite stehen**. Um die Präsenz zu gewährleisten, sollen insbesondere auch Ideen wie Beratungsgespräche in einem Bus, der übers Land fährt, oder etwa ein Schulungsangebot für das Online-Banking im Gemeindehaus zum Einsatz kommen.

7. Pflege und ärztliche Versorgung in der Fläche

Menschen, die pflegebedürftig werden, sollen in ihrem sozialen Umfeld bleiben können. Wir setzen uns dafür ein, dass individuelle Lösungen vor Ort gezielt und unbürokratisch unterstützt werden. Dazu wollen wir den von der CDU-Fraktion initiierten **„Pakt für die Pflege“ über das Jahr 2024 hinaus fortsetzen**. Dieser Pakt enthält ein **Förderprogramm für Kommunen für die Pflege vor Ort**, ein **Investitionsprogramm für Kurzzeit- und Tagespflege**, den **Ausbau der Pflegestützpunkte** sowie **Maßnahmen zur Ausbildung und Fachkräftesicherung**.

Dem Schließen von Arztpraxen auf dem Land wegen Fehlens eines Nachfolgers treten wir gezielt entgegen: Bereits 2019 hat Brandenburg auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion ein **Landärztestipendium** aufgelegt. Damit unterstützen wir Medizinstudenten im Regelstudium mit 1.000,- Euro pro Monat. Für die Unterstützung durch das Land verpflichten sich die

Stipendiaten zu einer mindestens fünfjährigen ärztlichen Tätigkeit in einer ländlichen Region Brandenburgs. Wir werden dieses Programm **fortsetzen und aufstocken**.

Kurz- und mittelfristig sind Medizinische Versorgungszentren einzurichten. Darüber hinaus werden wir ein **kommunales Zuschussprogramm für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum** auflegen. Damit soll es Kommunen erleichtert werden, gemeindliche Grundstücke für Praxen bereitzustellen, finanzielle Unterstützung bei der Anschaffung für medizinische Großgeräte zu leisten und weitere Anreize für Ärzte zu schaffen. Wir setzen uns für den Erhalt aller Krankenhausstandorte ein, um die medizinische Versorgung in ganz Brandenburg zu gewährleisten.

Zur **Entlastung der Hausärzte** wollen wir die „**Schwester Agnes**“-Projekte stärken. Im Rahmen dessen übernehmen geschulte Krankenschwestern in Abstimmung mit den behandelnden Ärzten die Versorgung chronisch kranker oder älterer Patienten. Daneben setzen wir verstärkt auf **telemedizinische Angebote** sowie **Möglichkeiten der mobilen medizinischen Versorgung**, die zur Unterstützung der niedergelassenen Ärzte insbesondere in ländlichen Regionen beitragen sollen.

8. Generationenübergreifende Wohnangebote

Die CDU setzt sich für privaten, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ein.

Insbesondere in ländlichen Räumen sind neue bedarfsgerechte Wohnformen erforderlich. Der zunehmende Anteil älterer Menschen bedarf auch dort geeigneter Wohnformen, die Mehrgenerationen-Wohnen, Wohngemeinschaften und Einzelwohnen mit Unterstützungsangebote möglich machen, falls ein Leben im angestammten Haus nicht mehr möglich ist.

Diese Angebote ermöglichen ein Leben in der gewohnten Gemeinschaft und verhindern einen Umzug in größere Städte mit stationären Pflegeeinrichtungen und dem damit einhergehenden Verlust des vertrauten sozialen Umfeldes.

Generationen von jungen Menschen haben ihre Dörfer in Richtung städtischer Ballungsräume verlassen. Junge Menschen möchten und können heute aufgrund moderner Ausbildungs- und Arbeitsangebote in ländlichen Räumen leben. Es fehlt jedoch an bezahlbarem Wohnraum für junge Erwachsene, die aus den Häusern der Eltern ausziehen und im gewohnten sozialen Umfeld einen eigenen Hausstand gründen wollen.

9. Raum für pragmatische Klima- und Energiepolitik in den Kommunen lassen

Unsere Kommunen leisten bereits einen wertvollen Beitrag zu einer nachhaltigen Klima- und Energiepolitik, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Flächen für Wind- und Solarenergie oder durch die CO₂-neutrale Umstellung des ÖPNV.

Durch Bundesgesetz sollen die Kommunen zur Aufstellung einer **kommunalen Wärmeplanung** bis 2027 verpflichtet werden. Wir fordern **flexiblere Fristen** und sprechen uns dafür aus, **statt auf Zwang lieber auf Anregungs- und Unterstützungsmaßnahmen** zu setzen. Gleichzeitig müssen im Rahmen der Wärmeplanung **systemoffen** individuelle und vor Ort umsetzbare Lösungen gedacht und realisiert werden können. Alle Kommunen müssen dabei finanziell unterstützt werden. Vor allem dürfen Kommunen, die sich bereits in der Vergangenheit freiwillig auf den Weg gemacht (und z.B. in Klimaschutzkonzepten erste Ideen gesammelt) haben, nicht bestraft werden, indem sie keine Förderung erhalten.

Zur **Unterstützung unserer Kommunen** wollen wir einen **Wärmewende-Zweckverband** einrichten. Es soll aktiv auf die Kommunen zugehen und sie bei der Schaffung der konzeptionellen Grundlagen und Arbeitsstrukturen unterstützen sowie Hilfestellungen bei öffentlichen Ausschreibungen für Nahwärmenetz-Anbieter und bei der Auswertung von Daten bieten. Zur weiteren Entlastung vor allem kleinerer Kommunen setzen wir auf das sogenannte „**Konvoi-Verfahren**“. Mehrere Kommunen müssen sich zusammenschließen dürfen und gemeinsam die Planung übernehmen.

10. Mehr Gestaltungsspielraum für schulisches und lebenslanges Lernen

Um die Digitalisierung an unseren Schulen voranzutreiben, setzen wir uns für die Einrichtung eines „**Digital-Budgets**“ ein: Jede Brandenburger Schule soll vom Land eine **Pro-Kopf-Förderung** erhalten, die sie **frei und nach eigenem Ermessen** in Abstimmung mit dem Schulträger für die **IT-Infrastruktur** ausgeben kann. Dies ist wichtig, damit sich an den Schulen kreative Ansätze realisieren lassen. Damit stärken wir die **Eigenverantwortung der Schulen** und geben den Verantwortlichen vor Ort die Möglichkeit, auf die **konkreten und individuellen Anforderungen ihrer Schüler- und Lehrerschaft** einzugehen.

Lebenslanges Lernen auch mit Hilfe digitaler Angebote ermöglicht und sichert eine aktive Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Gleichzeitig müssen analoge Angebote beispielsweise der Volkshochschulen erhalten bleiben, um ältere Menschen nicht auszugrenzen.

11. Anschluss finden – Kommunen als Mobilitätsgaranten

In dieser Legislaturperiode wurde bereits ordentlich in die Mobilität investiert – **Schienen-, Straßen- und Radwegkilometer** wurden **ausgebaut** und **Bus- und Bahntaktungen verdichtet**. Diesen Erfolgskurs in der Infrastrukturpolitik wollen wir **fortsetzen**.

Ein großes Flächenland wie Brandenburg braucht ein leistungsfähiges und barrierefreies Verkehrssystem, das keinen stehen lässt und in dem Straße, Schiene und Fahrradweg zusammengedacht werden. Der demografische Wandel verstärkt die Anforderungen an einen **ÖPNV**, der leistungsfähig und zugleich wirtschaftlich aufgestellt sein muss. Gleichzeitig sind wir uns sicher: Das **Auto** wird seine Bedeutung behalten. Deshalb müssen wir unsere **Straßen entsprechend unterhalten**.

Unsere PlusBusse mit Stundentaktung, die im ländlichen Raum direkte Verbindungen herstellen und die regionalen Zentren verknüpfen, ermöglichen den Bürgern einfache und

schnelle Mobilität auf wichtigen Strecken. Wir werden für die **Einrichtung weiterer solcher PlusBus-Linien** sorgen.

Orte, die fernab liegen und keine Anbindung an diese großen Linien haben, wollen wir **verstärkt** mit **Rufbussen** erschließen. Diese Rufbusse sind nicht an einen festen Takt oder ein Netz gebunden und können dennoch mit dem ÖPNV-Ticket genutzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass **innovative Modellprojekte zum On-Demand-Verkehr und autonomen ÖPNV in den Kommunen durch das Land unterstützt und finanziell gefördert** werden.